

## EU-Strukturfonds: Was Wieso Weshalb?

Die EU-Strukturpolitik ist Ausdruck der Solidarität in Europa und de facto ein Verfassungsauftrag innerhalb der EU-Politik. Sie hilft trotz Krisen, Entwicklungsunterschiede auszugleichen und den Zusammenhalt der Regionen in der EU zu fördern. Wichtigste Fördertöpfe sind der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF), der Kohäsionsfonds (KF), der Europäische Landwirtschaftsfonds (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Die Strukturfonds beanspruchen bisher rund ein Drittel des EU-Haushalts.

In Deutschland legen vor allem Landesregierungen fest, wofür EU-Gelder beantragt werden und müssen einen Anteil beisteuern. In den Übergangsregionen, zu denen die ostdeutschen Bundesländer gehören, beträgt die Ko-Finanzierung durch die EU maximal 60% der Projektkosten, 40% kommen von Bund, Land, der Kommune oder Projektträgern selbst. In reicheren Regionen übernimmt die EU maximal 50 %, in den strukturschwächsten Regionen bis zu 85% der Projektkosten. In der aktuellen Förderperiode (2014 bis 2020) erhält Deutschland 19,2 Mrd. € aus den EU-Strukturfonds und zusätzlich 5 Mrd. € für Direktzahlungen an Landwirtschaftsbetriebe.

Zum Ende jeder siebenjährigen Förderperiode werden EU-Haushaltsplanung, Förderkriterien, Schwerpunkte und Instrumente überprüft. Im Mai 2018 hat die EU-Kommission weitreichende Änderungsvorschläge für Ausrichtung und Finanzierung der Förderpolitik ab 2021 vorgelegt.

## Vielleicht haben auch Sie eine förderfähige Idee?

9. Last but not least: Auch gute EU-Förderprogramme funktionieren nur, wenn die Beantragung von Mitteln sowohl für regionale Verwaltungen als auch für Projektträger handhabbar ist. Das fordern wir nicht nur politisch. Die LINKE. im Europaparlament hat ein modernes und ständig aktualisiertes Informationsportal [www.eu-foerdermittel.eu](http://www.eu-foerdermittel.eu) entwickelt, welches Tipps und konkrete Hilfestellungen bei der Beantragung veröffentlicht und gelungene Praxisbeispiele vorstellt.



### Kontakt:

Martina Michels, MdEP

<http://www.dielinke-europa.eu/topic/1055.martina-michels.html>

twitter: [martina\\_michels](https://twitter.com/martina_michels)

Persönliche Website: <http://www.martina-michels.de>

**Redaktion und Kontakt:** Martina Michels, MdEP,  
regionalpolitische Sprecherin der Linken im Europaparlament

### Impressum:

GUE/NGL Vereinte Europäische Linke/  
Nordische Grüne Linke  
DIE LINKE. im Europaparlament

V.i.S.d.P.: Cornelia Ernst

Parlement Européen

Rue Wiertz 43 - B-1047 Brüssel - Belgien

[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)

Weitere  
Informationen  
finden Sie:



Nachdruck: Juni 2018

Vereinte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke



FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

**GUE/NGL**

[www.guengl.eu](http://www.guengl.eu)



## LINKE. Grundsätze für die EU-Förderpolitik ab 2021

1. Für die Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU sind mehr Mittel erforderlich. Deshalb wäre ein EU-Haushalt von wenigstens 1,3% des EU-BIP sinnvoll. Im Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 werden die Prioritäten hin zu mehr Verteidigungs-, Sicherheits- und Grenzabschottungsvorhaben verschoben. Das geht in die falsche Richtung. Zugleich nimmt die Bundesregierung Kürzungen bei den EU-Fonds in Kauf.
2. Wir wollen eine Renaissance des Öffentlichen, d. h. eine massive Ausweitung öffentlicher Investitionen in die Infrastruktur im Rahmen des sozial-ökologischen Umbaus und in Bildung, Gesundheit, Kultur, Armutsbekämpfung und Integration, in grenzüberschreitenden Austausch und alternative Wirtschaftsformen. Stattdessen wird Regionalpolitik zunehmend der herrschenden Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik und ihrer Sparideologie untergeordnet.
3. Keine Entmachtung der Regionen! Statt Entwicklungsstrategien regional von Bürgerinnen und Bürgern erarbeiten zu lassen, werden sie zunehmend zentralisiert. Doch weder die Kommission noch die Bundesregierung können alle Bedürfnisse vor Ort erfassen. Derzeit ist die Konzentration auf folgende Zielstellungen geplant: Innovation, Digitalisierung, wirtschaftlichen Wandel, KMU und CO2-freie Energiewende, erneuerbare Energien und Bekämpfung des Klimawandels. Damit ist der Spielraum für andere soziale und demokratiefördernde Projekte eingengt.

4. Förderung durch Zuschüsse statt Kredite und andere Finanzinstrumente müssen Grundprinzip der Kohäsionspolitik bleiben. Öffentlich abgesicherte Kredite können KMU sinnvoll unterstützen, sind für viele Projekte aber ungeeignet. Insbesondere der von der Kommission als Leitbild favorisierte Europäische Fonds für Strategische Investitionen „EFSI“ hat ärmeren Regionen kaum etwas gebracht. Statt seine Schwachstellen zu erkennen, wird der EFSI in InvestEU umgetauft und gar das Auffüllen mit Strukturmitteln zugelassen.
5. Kriterien, deren Einhaltung nicht von den Regionen abhängen, dürfen nicht Bedingung für die Auszahlung von Strukturfondsmitteln sein. Wir lehnen makro-ökonomische



EU-Fördermittel  
Informations-Plattform

Damit Ihr Projekt  
Wirklichkeit  
werden kann.

[www.eu-foerdermittel.eu](http://www.eu-foerdermittel.eu)

Ein Wegweiser  
durch den  
Dschungel der  
EU-Fördermittel

DIE LINKE.  
IM EUROPARLAMENT

Konditionalitäten, länderspezifische Empfehlungen oder Rechtsstaatlichkeitsprüfungen in der Förderpolitik ab. Sie treffen immer die Falschen: soziale Initiativen vor Ort und regionale wirtschaftliche Wertschöpfung.

6. Steigende Kofinanzierungsanteile der Länder und Kommunen stellen ärmere und Übergangsregionen wie z. B. Ostdeutschland vor große Schwierigkeiten.
7. Die geplante Abkopplung des Fonds für ländliche Entwicklung von der Regionalpolitik ist Unsinn.
8. Entbürokratisierung und Kontrolle der Fördermittelbeantragung und -abrechnung müssen weiter entwickelt werden.